

Ärzte protestieren gegen CO₂-Speicherung

Winterfeld (ue). Niedergelassene Ärzte und Mediziner des Altmark-Klinikums haben sich in einer Resolution gegen die geplante unterirdische Kohlendioxid-Verpressung ausgesprochen. Die Ärzte befürchten unkontrollierbare Gesundheitsrisiken für die Menschen der Region, wenn Vattenfall und GDF Suez wie geplant 100 000 Tonnen Kohlendioxid in einer nahezu erschöpften Erdgaslagerstätte nahe Salzwedel speichern. Die Mediziner gaben vor allem zu bedenken, dass es im Falle eines Austritts von CO₂ kaum möglich sein werde, den Betroffenen ärztliche Hilfe zu leisten. „Wir können Leichtverletzte höchstens beruhigen“, stellte der Zießauer Allgemeinmediziner Dr. Ernst Allhoff während einer Fortbildungsver-

anstaltung in Winterfeld fest. Doch auch eine Notfallrettung für hunderte Betroffene könne nicht organisiert werden, so das Fazit von Dr. Reiner Litzmann, Ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes. Die Zeit, die erforderlichen Beatmungsplätze einzurichten, werde nicht zur Verfügung stehen. Außerdem würde es bereits problematisch sein, die Verletzten zu erreichen, da in einer CO₂-kontaminierten Umgebung Verbrennungsmotoren nicht funktionieren.

Christa Hecht, Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft, warnte vor einer Verunreinigung des Grundwassers durch unterirdisch gespeichertes CO₂. Dann könne Grundwasser nicht mehr als Trinkwasser verwendet werden.

Teil III

„Werden als Notärzte nicht helfen können“

„Medizinische Aspekte der geplanten CO₂-Verpressung“ war das Thema einer Fortbildungsveranstaltung, zu der die Mediziner Dr. Dirk Frenzel und Dr. Ernst Allhoff ihre Kollegen nach Winterfeld eingeladen hatten. Nach der Diskussion über die Risiken sprachen sich die anwesenden Ärzte einstimmig für eine Protestresolution aus, die an Landes- und Bundesminister weitergeleitet werden soll.

Von Uta Elste

Winterfeld. Unter gesunden Bedingungen stimuliert Kohlendioxid die Atmung, stellte Dr. Dirk Frenzel aus Käcklitz fest. In geringem Anteil (0,04 Prozent) ist es auch in der normalen Luft enthalten. Doch ab 0,1 Prozent beginnen die Probleme. Anfangs vergleichsweise harmlos, mit Kopfschmerzen, später mit Müdigkeit. Steigt der Anteil von CO₂ auf 3 Prozent, steigen auch Herzfrequenz und Blutdruck. 8 Prozent sorgen für Atemstillstand und führen in 30 bis 60 Minuten zum Tod. Steigt die Konzentration gar auf 20 Prozent, setzen innerhalb einer Minute Krampfanfälle ein.

Wie können Ärzte den Menschen in der Region helfen, wenn das Kohlendioxid, das in einer fast erschöpften Erdgaslagerstätte bei Mahlsdorf unterirdisch gespeichert werden soll, wieder an die Oberfläche kommen sollte? „Wir können im Grunde nicht helfen, höchstens den Leichtverletzten“, stellte Dr. Ernst Allhoff, niedergelassener Arzt aus Zießau fest. Bei einer höheren Konzentration müssten die Notärzte gerufen werden. Doch auch deren Handlungsspielraum ist klein, machte Dr. Reiner Litzmann, Ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes, in seinem Vortrag deutlich. Da Litzmann am Mittwochabend verhindert war, verlas Dirk Frenzel dessen Erläuterungen.

Reiner Litzmann erinnerte an den Kohlendioxid-Austritt aus dem Nyos-See, einem Kratersee in Kamerun, im August 1986. Aus einer unterirdischen Magma-Kammer entwich CO₂ in den See. In jenem Jahr setzte der See auf



Christfried Lenz



Dr. Dirk Frenzel



Dr. Ernst Allhoff



Christa Hecht



Stefan Quisdorf

einen Schlag 1,6 Millionen Tonnen CO₂ frei. Das Gas breitet sich bis in 27 Kilometer Entfernung aus. Etwa 1 700 Menschen kamen ums Leben.

Nahe Mahlsdorf sollen 100 000 Tonnen CO₂ aus einem brandenburgischen Kraftwerk mittels CCS-Technik (CCS - Kohlendioxid abtrennen und speichern) verpresst werden. Stefan Quisdorf und Christfried Lenz von der Bürgerinitiative (BI) „Kein CO₂-Endlager Altmark“ verwiesen auf die unbekanntete Zahl der Bohrlöcher in der Region, auf die Gefahr, dass Kohlendioxid Verbindungen mit salzhaltigem Wasser und Quecksilber eingehe.

Christa Hecht warnte vor der Verunreinigung des Grundwassers durch unterirdisch gespeichertes CO₂. Derartige Probleme gebe es heute schon im Norddeutschen Becken, wo sich die Erdgas- und Erdölförderung auswirke, so die Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft.

Bei einer Temperatur von etwa 150 Grad in der ehemaligen Lagerstätte befinde sich CO₂ in einem überkritischen Zustand, könne möglicherweise spontan oder schleichend austreten, so die Befürchtungen der BI-Mitglieder. „Vorsorge gibt's nicht“, so die Schlussfolgerung von Reiner

Litzmann. Eine komplette Überprüfung des unterirdisch gespeicherten Gases ist seiner Ansicht nach nicht möglich und auch nicht bezahlbar. Die Retter der Verletzten aus der Gefahrenzone

stehen vor dem Problem, schnell hunderte Beatmungsplätze einrichten zu müssen. Aber wie, wenn CO₂ Verbrennungsmotoren zum Erliegen bringt, Elektroautos nicht zur Verfügung stehen und eigentlich auch kaum Einheiten vorhanden sind, die die Aufgabe übernehmen könnten? Litzmann hatte sich auch bei Hubschrauberpiloten erkundigt, ob das CO₂ eventuell durch Verwirbelung mit den Rotoren beseitigt werden könne. Aber wie tief könne, wie tief dürfe sich ein Hubschrauber dabei senken? „Wir werden als Notärzte nicht helfen können“, schrieb Reiner Litzmann in seinen Ausführungen. „Aber wir können aufklären, im Wartezimmer mit Informationen, im Gespräch mit Patienten, Bundes- und Landespolitikern“, so Dr. Ernst Allhoff. Diese sollen auch die Adressaten der Resolution sein, für die sich die Mediziner einstimmig aussprachen. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, den die Initiatoren zu der Veranstaltung eingeladen hatten, schrieb, dass der CCS-Gesetzesentwurf in Sachsen-Anhalt kritisch gesehen werde, jedoch im Land noch keine Entscheidung gefallen sei. Allerdings sei CCS nicht grundsätzlich abzulehnen, zitierte Dirk Frenzel.

In ihrer Resolution berufen sich die Ärzte auf Expertisen des Umweltbundesamtes zur CCS-Technik, angefangen von den Gefahren für Menschen, Tier- und Pflanzenwelt bis hin zu Schäden für das Grundwasser und Boden. Eindringlich warnen sie vor der Haftungsbefreiung für Forschungsspeicher wie dem in Mahlsdorf und legen ihren kaum vorhandenen Handlungsspielraum für medizinische Hilfe dar.